

Kai A. Konrad

WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER FINANZKRISE



Kai A. Konrad ist Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen. Er lehrte als Professor an der FU Berlin. Er ist Mitglied verschiedener Akademien, darunter der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF.

Die erste große Finanz- und Wirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts hat zu vielen Verwerfungen geführt. Zu diesen gehört auch ein Verlust an Vertrauen in das marktwirtschaftliche System und marktwirtschaftliche Institutionen und in die selbstregulierenden und selbstheilenden Kräfte des Marktes. Brauchen wir »weniger Markt«? Sind die Mechanismen des Marktes an der Systemkrise schuld? Brauchen wir die Entmachtung des Marktes durch mehr staatlichen Dirigismus und politische Kommissare?

Der Markt kann seine ordnende und wohlfahrtsmehrende Funktion dann und nur dann ausüben, wenn die Politik die Rahmenbedingungen für diese Entfaltung richtig setzt. Das hat sie nicht getan. In der Rückschau war die Finanzkrise insofern vor allem das Ergebnis von Politikversagen. In die Zukunft gerichtet ergibt sich daraus die Frage, wie Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dafür sorgen, dass sich die positiven Wirkungen des Marktes

entfalten können und Fehlstellungen vermieden werden.

In den vergangenen Jahren sind viele Wirtschaftswissenschaftler hart mit sich selbst und mit der eigenen Disziplin ins Gericht gegangen. Andere haben sehr zu Recht darauf verwiesen, dass das mikroökonomische Instrumentarium ganz ausgezeichnet ist. Das Verhalten der Akteure, das zur Krise geführt hat, lässt sich mit diesem Instrumentarium gut erklären. Viele mikroökonomischen Theorien, die den eigennutzorientierten und strategisch und rational vorausdenkenden Menschen unterstellen, können das Verhalten der Akteure auf den Finanzmärkten nur zu gut erklären. Diese Theorien deuten auch auf mögliche Fehlsteuerungen, die man durch geschickte staatliche Rahmenbedingungen jedenfalls zum Teil korrigieren könnte.

Denken wir nur an die Anreize von Akteuren, die mit dem Rücken zur Wand stehen, die nichts mehr zu verlieren haben, oder von Fi-

nanzunternehmen, die aus anderen Gründen größere Verluste aus ihrem aktuellen Handeln nicht selbst tragen müssen, z. B. weil sie im Fall eigener Schieflage die Verluste gar nicht selbst übernehmen und zudem auf staatliche Rettung vertrauen können. Diese Akteure sind leider bereit, schlechte Risiken einzugehen: Risiken, deren Gewinnchancen hinter den Verlustrisiken zurückbleiben. Hans-Werner Sinn gehört zu denen, die dieses Handlungsmotiv bereits vor Jahrzehnten erkannt und analysiert haben. Zentrale Überlegungen hierzu finden sich bereits in seiner Dissertation. In seiner wirtschaftspolitischen Analyse der Finanzkrise (*Kasino-Kapitalismus*) lebt diese Theorie auf, und dieses Handlungsmotiv spielt darin zu Recht eine zentrale Rolle.

Eine der Handlungskonsequenzen aus dieser Theorie ist die Forderung nach einer entsprechend hohen Ausstattung von Banken mit Eigenkapital, das für die Abdeckung von Verlusten aus Geschäften der Bank gegebenenfalls auch zur Verfügung steht. Diese Erkenntnis hat sich heute immerhin verbreitet durchgesetzt, auch wenn ihre wirtschaftspolitische Umsetzung nur langsam vorankommt.

Diese Überlegungen sind, so wenig wie Theorien zur Krisenanfälligkeit von Eigenkapital von Banken und die daraus erwachsenden Anreize für Bilanzverkürzungen oder Theorien zur Entstehung von *Bank Runs*, keine Erfindungen der Epoche nach der Insolvenz von Lehman Brothers. Das mag nicht überraschen, denn die Krise selbst ist auch nicht die erste Finanzmarktkrise, in der Ökonomen solche Probleme studieren und analysieren konnten.

Wie aber verhindert man das fortgesetzte Politikversagen, das dazu führt, dass diese Lehren nicht umgesetzt werden, gerade im Bereich der Ausgestaltung der Finanzmärkte? Dies scheint mir die eigentlich ungelöste Frage zu sein.

Die Rezepte sind vorhanden. Viele Wirtschaftswissenschaftler haben wie Hans-Werner Sinn ihr wissenschaftliches Wirken darauf ausgerichtet, der Politik direkt oder über den Umweg einer breiten Öffentlichkeit zu raten, so wie ein Bauingenieur, der es gern sieht, wenn sein Wissen zum Einsatz gebracht wird. Sie wünschen sich natürlich, dass die Politik ihre Expertise richtig interpretiert und bestmöglich verwendet. Das, so weiß man ebenfalls aus der Wirtschaftstheorie, ist leider nicht so einfach und mitunter sogar ganz unmöglich. Theorien erklären uns überzeugend, weshalb bereits geringfügige Unterschiede in den Zielen von Experten und Politikern den Kommunikationsprozess gewaltig erschweren können. Wir verfügen auch über gute Theorien über den Einfluss von Interessenverbänden auf die Politik und über die Funktionsweise des politischen Prozesses.

So mag man erklären können, warum es trotz eines im Grunde guten Erkenntnisstands der Wirtschaftswissenschaften zu wirtschaftspolitischen Fehlleistungen kommt und warum trotz des ungeheuren Potenzials, das eine gut funktionierende Marktwirtschaft für den allgemeinen Wohlstand hat, dieses Potenzial nicht gehoben werden kann.

Vielleicht liegt die Lösung dieses wirtschaftspolitischen Dilemmas darin, dass sich die Experten stärker an eine breite Öffentlichkeit wenden. Hans-Werner Sinn hat seit vielen Jahren einen großen Teil seiner Energie genau darauf verwendet. Seine am Gesamtwohl orientierten Botschaften haben oft erheblichen Gegenwind erzeugt, vor allem bei einzelnen Interessengruppen. Sein Einsatz hat ihm aber auch viel Zustimmung und große Popularität eingetragen. Ich wünsche ihm für diese Aktivitäten in den kommenden Jahren die nötige Kraft und Energie.